Deutscher Bundestag
11. Wahlperiode

Drucksache 11/3474

23. 11. 88

Sachgebiet 82

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Frau Wilms-Kegel, Frau Beck-Oberdorf, Frau Unruh, Hoss und der Fraktion DIE GRÜNEN

zum Entwurf eines Gesetzes zur Strukturreform im Gesundheitswesen (Gesundheits-Reformgesetz — GRG)
— Drucksachen 11/2237, 11/2493, 11/3320 —

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag ist der Auffassung, daß die Reform der gesetzlichen Krankenkassen und die Finanzierungsprobleme des Gesundheitssystems nicht losgelöst von der viel umfassenderen Problematik einer dringend gebotenen grundsätzlichen Strukturreform des gesamten bundesrepublikanischen Gesundheitswesens angegangen werden können. Die Bundesregierung wird deshalb aufgefordert, einen entsprechenden Gesetzentwurf vorzulegen.

Dieser neue Entwurf soll die Stärkung der Patientenrechte, die Beseitigung der Ursachen von Krankheit, das Primat der gesundheitlichen Versorgung der Bevölkerung gegenüber den Interessen der Anbieterseite, eine Strukturreform der Krankenkassen und eine Veränderung des Verhältnisses von Nutzern/innen, Krankenkassen und Anbietern zum Ziel haben.

Die Absicherung des Pflegefallrisikos muß als Bundesleistungsgesetz vorgelegt werden.

Im einzelnen sollen folgende Gesichtspunkte die Grundlage für einen neuen Entwurf darstellen:

1. Stärkung der Patienten-/innenrechte
   - Die Grund- und Menschenrechte müssen im Gesundheitswesen voll zur Anwendung kommen. Dazu gehört das Angebot einer optimalen Versorgung und Behandlung für alle, umfassende Aufklärung über Behandlungs- und Versorgungsmöglichkeiten, das Recht auf freie Entscheidung und das Recht auf Ablehnung einer Untersuchung und Behandlung.
   - Die freie Wahl der Behandlungsmethoden, der behandelnden Ärzte/innen, der Krankenhäuser und anderen Einrichtungen muß für jeden einzelnen Patienten gewahrt bleiben.

- Die Selbstbestimmung der Patienten/innen darf nicht durch eine einseitige Orientierung an Apparatemedizin, an Hochtechnisierung und Spezialisierung, an unmenschlichen Kosten- und Nutzenberechnungen und Sparmaßnahmen eingeschränkt werden.

2. Beseitigung der vermeidbaren Ursachen von Krankheit
   - Die vermeidbaren Ursachen von Krankheit müssen durch Veränderung der Umwelt-, Lebens- und Arbeitsbedingungen beseitigt werden.
   - Die Belastung von Wasser, Boden, Luft und Nahrung durch gesundheitsgefährdende Stoffe muß konsequent abgebaut werden. Dies setzt die Umstellung auf umweltfreundliche Produkte und Produktionsweisen, z. B. in den Bereichen Landwirtschaft, Energieversorgung und Verkehr, voraus.
   - Eine Informationspolitik über weniger gefährliche und gesundheitsfördernde Lebensweisen muß schon in Schulen beginnen und durch eine entsprechende Ausbildung in Gesundheitsberufen ergänzt werden.

3. Vorrang der gesundheitlichen Versorgung der Bevölkerung gegenüber den Interessen der Anbieter
   - Die Interessen der Pharma- und Medizingeräteindustrie und der Verbände der Gesundheitsberufe müssen dem vorrangigen Ziel einer verbesserten Gesundheitsversorgung der Bevölkerung untergeordnet werden.
   - Auf dem Gebiet der Arzneimittelversorgung muß der Tendenz einer unsinnig hohen Zahl von Medikamenten und eines überhöhten Arzneimittelverbrauches durch strikte Kontrolle der Pharmaindustrie und der Arzneimittelwerbung begegnet werden.
   - Der Sicherheitsstandard von Medikamenten muß deutlich erhöht werden.
   - Naturheilkundliche Therapieformen und Arzneimittel dürfen nicht durch die Interessenverbände der Schulmedizin verhindert werden, sondern müssen aufgewertet und gefördert werden.

4. Strukturreform der Krankenkassen
   - Es müssen langfristig alle Bürger/innen in die gesetzliche Krankenversicherung einbezogen werden.
   - Eine Vereinheitlichung der Krankenkassen muß durch Angleichung der Beitrágssätze der verschiedenen Kassen, der gleichen Leistungen und einen bundesweiten Finanzausgleich zwischen den Kassenarten erreicht werden.
   - Die Hierarchisierung im Gesundheitswesen muß abgebaut werden und alle Berufsgruppen im Gesundheitswesen müssen gleichberechtigt nebeneinander gestellt werden.
   - Die Krankenkassen müssen regional organisiert werden.
   - An der Planung der gesundheitlichen Versorgung einer Region müssen Patienten-/innenvertreter beteiligt werden. Insbesondere müssen Schritte zur Überwindung der „Scheinmitbestimmung" in den sogenannten Selbstverwaltungsorganen unternommen werden.

5. Veränderung des Verhältnisses von Patienten/innen, Krankenkassen und Anbietern untereinander
   - Ein pauschales Vergütungs- und Finanzierungssystem als Grundlage für eine qualitative Verbesserung des gesundheitlichen Versorgungssystems muß eingeführt werden.
   - Eine Full-House-Politik der Krankenhäuser und eine sich nach Kosten-Nutzen-Gesichtspunkten orientierende Belegungspolitik muß zugunsten einer patientenfreundlichen Krankenhauspolitik verändert werden.
   - Selbstbeteiligungen und Leistungskürzungen dürfen im Gesundheitswesen nicht vorgesehen werden.
6. Die Absicherung des Pflegefallrisikos darf nicht Aufgabe der GKV sein. Notwendig ist eine gesetzliche Grundlage als Bundesleistungsgesetz, die ein selbstbestimmtes Leben Pflegebedürftiger in der Gemeinschaft ermöglicht.

Bonn, den 23. November 1988

Frau Wilms-Kegel
Frau Beck-Oberdorf
Frau Unruh
Hoss
Dr. Lippelt (Hannover), Frau Schmidt-Bott, Frau Vennegerts und Fraktion

Begründung

Eine Strukturreform des bundesrepublikanischen Gesundheitswesens ist angesichts der sich zuspitzenden ökologischen Krise der Umwelt und der Entwicklung zu einer Zwei-Klassen-Medizin im Gesundheitswesen dringend erforderlich. In dem vorliegenden Entwurf eines Gesetzes zur Strukturreform im Gesundheitswesen (GRG) sind aber keine grundsätzlichen Reformen des Gesundheitswesens beabsichtigt. Die in diesem Entwurf vorgeschlagenen Maßnahmen tragen eher zu einer Verschlechterung der gesundheitlichen Versorgung der Bevölkerung bei.

Nach Meinung der GRÜNEN müssen bei der notwendigen Strukturreform im Gesundheitswesen folgende Grundgedanken im Mittelpunkt stehen:

Krankheit darf weder technokratisch enteignet noch verwaltet werden oder wie in den sozialdemokratischen Konzepten, die Herr Blüm weitgehend übernommen hat, sozialverträglich wegorganisiert werden.

Es muß akzeptiert werden, daß Krankheit eine Chance für den/die einzelne/n darstellen kann, mit Defiziten leben zu lernen. In einem Gesundheitswesen, wie wir es uns vorstellen, müssen die Voraussetzungen dafür geschaffen werden, daß Krankheit bewältigbar ist.

Die Patienten/innen müssen dabei aber selbst entscheiden, wie sie gesund werden oder mit ihrer Krankheit leben lernen möchten. Dabei muß das Selbstbestimmungsrecht der Patienten/innen im Gesundheitswesen Ausgang aller Überlegungen sein.

Die von einzelnen Menschen nicht beeinflußbaren Ursachen von Krankheit, die aus Umwelt-, Lebens- und Arbeitsbedingungen erwachsen, müssen dringend abgebaut werden. Es sind sofort Voraussetzungen zu schaffen, daß Lebensmittel — überall verfügbar — angeboten werden, die frei von krankmachenden Substanzen sind, und daß die Menschen auch nicht durch Belastungen wie Baustoffe, Kleidungsstoffe, Inhaltsstoffe von Kosmetika u. a. m. gefährdet werden, ohne es zu wissen. Die Zunahme von Krankheiten, wie z. B. Allergien, Tumore, Pseudo-Krupp, Leukämie, haben eindeutig krankmachende Umweltbedigungen zur Ursache.

Hier muß die Gesundheitspolitik ansetzen, anstatt das wissentliche und am Profit orientierte Gefährden der Gesundheit für Menschen in Kauf zu nehmen.

Die Gesundheitsindustrie gilt als Wachstumsbranche, die davon lebt, daß Menschen krank werden oder krank bleiben. Eine maximale und wirkungsvolle Kontrolle der Gesundheitsindustrie muß sofort beginnen. Dies spricht nicht gegen den medizinischen Fortschritt, wohl aber für eine Zunahme der Arzneimittelkontrolle und der Arzneimittelsicherheit.

Naturheilmittel und natürliche Therapiemethoden müssen als unverzichtbarer Bestandteil der medizinischen Versorgung der Bevölkerung aufgewertet werden, um einen Gegenpol gegen die 200 Jahre alte Schulmedizin mit ihrer Tendenz zu punktuellen Behandlungsweisen und zum Zerlegen eines kranken Menschen in Körper, Geist und Seele zu bilden.

Eine Neustrukturierung der Krankenkassen muß zu einer solidarischen gesetzlichen Krankenversicherung führen, die alle Menschen in der Bundesrepublik Deutschland umfaßt.

Die Strukturen im Gesundheitswesen müssen dezentral und demokratisch organisiert werden entsprechend der Tendenz und Bereitschaft der Menschen, Selbstverantwortung zu übernehmen. Hierzu gehört auch eine aktive Mitgestaltung der Selbstverwaltungen durch direkte Beteiligung der Versicherten, anstatt die heutige unwirksame Stellvertreterbeteiligung anachronistisch fortzuschreiben.

Außerdem sollen die sogenannten Arbeitgeberanteile an den Krankenversicherungsbeiträgen, die ja eigentlich Lohnbestandteile sind, voll an die Arbeitnehmer ausgezahlt werden. Damit entfällt dann auch der Anspruch der Arbeitgeber auf Beteiligung an den Entscheidungen der Selbstverwaltung, die so endlich in demokratischen Verfahren gewählt werden können.

Die im GRG vorgeschlagenen Regelungen verhindern eine wirksame Pflegeabsicherung. Der im ambulanten wie auch im stationären Sektor ausgerufene Pflegenotstand erfordert eine sofortige grundsätzliche Regelung. Die Pflege darf nicht — wie im GRG vorgesehen — fast ausschließlich von den Betroffenen selbst finanziert werden.

Die gesundheitliche Versorgung der Bevölkerung darf nicht durch Kostendämpfungsstrategien verschlechtert und gefährdet wer-

den. Hier ist einer Umlenkung der Geldströme im Gesundheitswesen der Vorzug zu geben gegenüber Sparsamkeit, die ihren Ansatzpunkt ohne jegliches soziales Gewissen bei der Streichung von Hörgeräten und Rollstühlen für Behinderte u. a. nimmt. In einer Wohlstandsgesellschaft muß eine optimale gesundheitliche Versorgung für alle Menschen gesichert sein, ohne Kranke und Behinderte durch Zuzahlungen für ihre Benachteiligung zusätzlich zu bestrafen.

Voraussetzung für eine Reform des Gesundheitswesens ist eine öffentliche Debatte über Gesundheit, Krankheit, Lebensbedingungen und Selbstbestimmung, ohne die alle Reformansätze der Regierung und der SPD über Flickschusterei und hilflose Reparaturmaßnahmen am Gesundheitssystem nicht hinauskommen.

Druck: Thenée Druck KG, 5300 Bonn, Telefon 231967
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, Postfach 201363, Herderstraße 56, 5300 Bonn 2, Telefon (0228) 363551
ISSN 0722-8333